



DER ÖSTERREICHISCHE
**GERICHTS-
BEDIENSTETE**

Informationsorgan
für die Beamten
des Allgemeinen
Verwaltungsdienstes
und die Vertrags-
bediensteten der
Planstellenbereiche
Justizbehörden
in den Ländern
und Zentralleitung.

Liebe Kolleginnen
und Kollegen!



Vor Ihnen liegt die aktuelle Ausgabe
des Österreichischen Gerichtsbediens-
teten.

**Modern, präsent und
ansprechbar**

Als Vorsitzender des Zentralausschus-
ses beim Bundesministerium für Justiz
freut es mich, Sie über aktuelle Schwer-
punkte der Personalvertretungsarbeit
informieren zu können.

Das Redaktionsteam unter der Leitung
von unserem Chefredakteur Werner
Gschwandner hat versucht, mit einem
neuen Layout und dem Motto „Mo-
dern, präsent und ansprechbar“ unser
Medium in neuer Form modern und
informativ zu gestalten.

Mit dieser Ausgabe erhalten Sie Infor-
mationen zu Themen wie der Erhö-
hung der Sozialleistungen, den erfolg-
reichen Aufwertungen für Kanzlei-
leiter, der Planstellensituation in der
Justiz, Kommunikationsseminare für
den Kanzleidiens und der Einrich-
tung von Servicecenter und Kompe-
tenztelefon.

Für weitere Fragen stehe ich gerne zur
Verfügung.

Ihr
Gerhard Scheucher
gerhard.scheucher@justiz.gv.at

Sozialleistungen werden erhöht



3. bis 5. November 2008 in Bad Ischl:

Erfolgreicher Kongress der Österreichischen Gerichtsvollzieher

Rund 150 TeilnehmerInnen und Ehrengäste konnte Organisationsleiter **ADir. Werner Gschwandner** zum Kongress der Österreichischen GerichtsvollzieherInnen im Kongresshaus Bad Ischl begrüßen.

Im Rahmen des Eröffnungsfestakts hob der in Vertretung der Frau Bundesministerin für Justiz angeordnete Präsidialsektionschef **Dr. Wolfgang Fellner** (Bild rechts) die Leistungen der Berufsgruppe hervor und bedankte sich für die gute Arbeit.

In einem beachtenswerten Festvortrag stellte **Univ.-Prof. Dr. Andreas Konecny** seine Überlegungen zur „Privatkonkursnovelle 2009 – Gläubigerinteressen kontra Schuldnerschutz“ vor und fand damit große Aufmerksamkeit.

Ein weiterer Schwerpunkt der Fortbildungsveranstaltung war das vom oö. Landespolizeikommandanten-Stv. **GenMjr. Franz Gegen-**



Sektionschef Dr. Wolfgang Fellner eröffnete den Kongress.

leitner und Sicherheitsexperten des OLG Linz, RidOLG **Dr. Günther Winsauer** präsentierte Thema „Sicherheit für Gerichtsvollzieher“,

und der Vortrag des richterlichen Leiters der FEX-Leitungseinheit für den OLG Sprengel Linz, **Dr. Erich Dietachmair**, über „FEX – Justiz im Blickfeld der Öffentlichkeit“.

Sehr wertvolle Tipps und praktische Hinweise konnten die Referenten ADir Ernst Koller und FOI Robert Gleixner in Hinblick auf „den optimalen Gerichtsvollzug“ abgeben.

Der zuständige Abteilungsleiter im Justizministerium, LStA **Dr. Franz Mohr**, informierte über den Stand der legislativen Vorbereitungen zur „EO-Novelle Privatkonkurs neu“ und stand für „Allgemeine Fragen aus dem Gerichtsvollzug“ zur Verfügung.

Mit dem Thema „Ausgewählte Fragen aus dem Dienst- und Besoldungsrecht“ schloss der Vorsitzende des Zentralausschusses **ADir. RR Gerhard Scheucher** den Kongress. ■



Univ.-Prof. Dr. Andreas Konecny präsentierte die Ergebnisse der Arbeitsgruppe.



Gespannt lauschten die 150 Kongressteilnehmer und Kongressteilnehmerinnen den Ausführungen der Fachvortragenden.

Aufwertung der Kanzleileiter mit Juni 2008 realisiert

Nach mehrjährigem Bemühen ist es endlich gelungen für die Kanzleileiter bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften eine einheitliche Bewertung – Verbesserung von A3/1 auf A3/2 (Beamte) oder von v3/1 auf v3/2 (VB) – zu erreichen. Mehr als 1.000 Kolleginnen und Kollegen in ganz Österreich erhalten ab Juni 2008 rückwirkend neue Gehälter (Vertragsbedienstete erhalten erstmalig eine Funktionszulage). Der Wermutstropfen bei diesem Erfolg war, dass für schon jetzt in A3/2 oder v3/2 (Kanzleileiter mit mindestens 1 MitarbeiterIn oder für mindestens 2 volle Richter zuständig) eingesetzte Kanzleileiter keine Erhöhung der Bewertung erreicht werden konnte. Alle Kanzleileiter in A3/3 oder v3/3 (mindestens 150 % Mitarbeiter oder Bedienstete des Firmenbuches sowie des Grundbuches mit mindestens zwei vollbeschäftigten Rechtspflegern) verbleiben in ihren Einstufungen. Eine etwaige Nachbesetzung dieser Posten nach Pensionsantritt würde aber nur mehr in A3/2 bzw. v3/2 erfolgen.

Planstellensituation in der Justiz

In mehreren Gesprächen mit dem BMfJustiz wurde vom Zentralausschuss beim Bundesministerium für Justiz eine spürbare Erhöhung der Planstellen für Beamte und VB bei den Gerichten und den Staatsanwaltschaften ab dem Jahr 2009 gefordert.

Bedingt durch die Vorverfahrensnovelle – in Kraft getreten mit 1. 1. 2008 – kann die zusätzlich anfallende Arbeit bei den Staatsanwaltschaften

nicht mehr bewältigt werden. Es ist dringend notwendig, die Planstellen bei den Bezirksanwälten sowie dem Kanzleipersonal bei den Staatsanwaltschaften signifikant zu erhöhen. Weiters muss den Gerichten, um die letzten Reformen rasch und effizient umsetzen zu können, sobald als möglich das notwendige Personal zur Verfügung gestellt werden. Zur Förderung der Familienfreundlichkeit ist es ebenfalls von großer Wichtigkeit im v2-Bereich (RechtspflegerInnen, Leitende Beamtinnen und Beamte sowie Revisorinnen/Revisoren) zusätzliche Ausbildungsplanstellen zu schaffen, damit Karenzurlauben und Herabsetzungen der Wochendienstzeiten nicht nur Lippenbekenntnisse der Politik bleiben, sondern zur besseren Vereinbarung zwischen Beruf und Familie für die Kollegenschaft führen.

Sozialleistungen spürbar erhöht

Ab dem Jahr 2009 ist es gelungen, den Zuschuss zur Einnahme eines Mittagessens beträchtlich zu erhöhen. Waren bisher pro Halbjahr 90 Stück Lebensmittelschecks zu € 1,00 für die Kollegenschaft vorgesehen, so wird dieser Zuschuss ab 1. Jänner



2009 auf 105 Stück zu € 1,10 pro Halbjahr, dies bedeutet eine Erhöhung von € 180,- auf € 231,- (das sind 26 % oder € 51,- jährlich) neu festgesetzt.

Ebenfalls beträchtlich erhöht wurde der Zuschuss des Dienstgebers pro Bediensteten für Betriebsausflüge von € 11,- auf € 15,-, sowie der Zuschuss zur Weihnachtsfeier von € 6,- auf € 8,-.

Fortbildungstagung für den Fachdienst bei Gericht

Die im 2-jährigen Rhythmus stattfindende Fortbildungstagung für den Fachdienst bei Gericht ist für die Zeit vom 18. – 20. Mai 2009 in Seefeld in Tirol geplant. Der Antrag auf Genehmigung der Tagung und Zulassung von 120 Kolleginnen und Kollegen wurde dem Bundesministerium für Justiz vorgelegt. Sofort nach Genehmigung durch das BMfJustiz wird vom Zentralausschuss ein Programm für die Tagung erarbeitet.

Die Organisation dieser Fortbildungsveranstaltung vor Ort obliegt dem Vorsitzenden des Fachausschusses beim OLG Innsbruck, RegRat Reinhard Fettner und seinem Team.

Österreichische Justiz-Schmeisterschaften

Die 15. Österreichischen Justiz-Schmeisterschaften werden in der Zeit vom 15. bis 16. 1. 2009 in Schladming mit den Bewerben Eisstochschießen, Snowboard und Riesentorlauf durchgeführt.

Die Ausschreibung wird Anfang Dezember 2008 erfolgen. ■

Kommunikationsseminare für Kanzleibedienstete



**Franz
Gschiel**

Vorsitzender des
Fachausschusses
beim Oberlandes-
gericht Wien

Nunmehr konnte im Oberlandesgerichtssprengel Wien die erste und zweite Reihe von Kommunikationsseminaren erfolgreich abgeschlossen werden. 160 Kolleginnen und Kollegen nahmen mit viel Engagement und Einsatzfreude an diesem Projekt teil.

Kanzleibedienstete sind im täglichen Umgang mit Parteien vielfach schwierigen, emotional belastenden Situationen ausgesetzt. Ziel dieses Seminars ist es, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Lage zu versetzen, sowohl in telefonischen als auch im direkten persönlichen Kontakt mit Parteien rasch und kompetent Auskunft zu geben und – nicht zuletzt auch im Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – in Konfliktsituationen Eskalationen zu vermeiden. Dazu werden konkrete Kommunikati-

onsmodelle und -Werkzeuge vorgestellt, in Praxistrainings anhand von Fallbeispielen ausprobiert und mit der eigenen Praxis in Verbindung gebracht. Neben theoretischen Informationsinputs bilden vor allem die Arbeit in Einzel-, Paar- und Kleingruppen, Praxistrainings sowie Videoarbeit eine wichtige Grundlage dieses Seminars. Aufbauend auf den Grundmodellen der Kommunikation sollen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Auswirkungen von eigenen Wahrnehmungen und Einstellun-



Teilnehmer des Kommunikationsseminares in Kirchsschlag im Frühjahr 2008.



Arbeitsgruppe am sonnigen Bankerl vor dem Seminarraum: Irmgard Schmidt, Sabine Rath, Cornelia Müller.

gen auf ihr Verhalten sichtbar gemacht sowie Strategien zur wirksamen Deeskalation in konfliktträchtigen Situationen und Techniken für eine effiziente Arbeitsorganisation erarbeitet werden.

Sämtliche Seminare sind in Form von dreitägigen Kommunikationseminaren abzuhalten, wobei die Seminare am Nachmittag des ersten Tages (15.00 Uhr) beginnen und mit dem Mittagessen am dritten Tag enden. Der Vormittag des ersten Tages und der Nachmittag des dritten Tages dienen der An- und Abreise.

Die Teilnahme an den Seminaren erfolgt ausschließlich auf freiwilliger Basis und im Rahmen des Dienstes gemäß § 73 RGV.

Die Seminare sind für jeweils zwanzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgerichtet.

Im Jahr 2009 werden vom Herrn Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien folgende Termine mit Erlass zur Ausschreibung und Anmeldung angeboten werden:

- 15. 4. bis 17. 4. 2009 Kirchschatz
Trainer: ADir. Gaugusch,
FOI Oswald
- 22. 4. bis 24. 4. 2009 Zeillern
Trainer: ADir. Stocker,
FOI Kreillechner
- 13. 5. bis 15. 5. 2009 Kirchschatz
Trainer: ADir. Gerhartl,
FOI Gschiel
- 27. 5. bis 29. 5. 2009 Reichenau
Trainer: ADir. Mag. Biegl,
VB Tschank
- 23. 9. bis 25. 9. 2009 Reichenau
Trainer: ADir. Gaugusch,
FOI Oswald
- 30. 9. bis 2. 10. 2009 Zeillern
Trainer: ADir. Stocker,
FOI Kreillechner
- 14. 10. bis 16. 10. 2009 Reichenau
Trainer: ADir. Mag. Biegl,
VB Tschank
- 28. 10. bis 30. 10. 2009 Kirchschatz
Trainer: ADir. Gerhartl,
FOI Gschiel

Es können somit im Jahr 2009 wieder 160 Kolleginnen und Kollegen vom Kanzleidienst diese Fortbil-

dungsveranstaltung in Anspruch nehmen. Den Verantwortlichen des BMJ sowie des OLG sei an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön übermittelt, da viele organisatorische Arbeiten an diesem Projekt vorzunehmen sind.

Es liegt nun an Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Angebot auch anzunehmen.

Servicecenter im Justizzentrum Wien

Seitens des BMJ wurde hier ein Projekt gestartet, wo auch der Vorsitzende des Zentralausschusses als Mitglied der Arbeitsgruppe eingebunden ist.

Ähnlich dem Servicecenter in Linz werden derzeit Leistungen detailliert besprochen, die die Mitarbeiterinnen des Servicecenters für das Justizzentrum erbringen sollen. Die telefonische Voranmeldung zu Vorgesprächen wird deswegen ein wichtiges Thema in ferner Zukunft sein, da sich die Bürgerinnen und Bürger online zu ihrem Termin anmelden sollen.





Nach erfolgreichen Beratungen anlässlich der erweiterten FA-Sitzung im Mai 2008 bei einer Weinverkostung im Hotel Pritzl in Emmersdorf zu später Stunde.

Zu diesem Projekt finden laufend Besprechungstermine statt, wo natürlich die Betroffenen des Justizentrums Wien eingebunden werden.

Sobald hier eine detaillierte Vorgangsweise für eine Umsetzung erkennbar ist, werde ich als Vorsitzender des Fachausschusses beim OLG Wien umfassend eine Information anbieten (Intranet/Rundschreiben).

Die Philosophie des Servicecenters

Bürgerinnen und Bürger, die die Dienste des Gerichtes in Anspruch nehmen, sollen an einer zentralen Stelle von kompetenten Ansprechpartnern betreut werden.

Ziele des Servicecenters

Kurze Wege für die Bürger im Gericht, Kompetente und rasche Erledigung ihrer Anliegen, Entlastung der Kanzleien vom Parteienverkehr.

Aufgaben des Servicecenters

- Entgegennahme von Anträgen
- Ausgabe von Formularen mit Hilfestellung beim Ausfüllen
- Auskünfte über Verfahrensstand aus den Registern
- Auszüge aus dem Grundbuch und Firmenbuch
- Beglaubigung von Unterschriften und Urkunden
- Auskünfte aus der Sachverständigen- und Dolmetscherliste
- Vergabe von Terminen zur Vorsprache beim Richter
- Zahlstelle für Gerichtsgebühren

Erweiterte Fachausschuss – Sitzung vom 8. bis 9. Mai 2008 in Emmersdorf bei Melk

Der Fachausschuss beim OLG Wien hat in der Zeit vom 8./9. Mai 2008 in Emmersdorf die jährlich stattfindende erweiterte Sitzung mit allen Vorsitzenden der Dienststellenausschüsse im Sprengel des OLG Wien abgehalten.

An dieser Sitzung wurden unter anderem Themen wie Planstellensituation, StPO-Novelle, Gerichtsorganisation, Gerichtsvollzieherangelegenheiten, Schulungsmaßnahmen sowie Anfragen der Dienststellenausschüsse behandelt. Erfreulicherweise haben die Spitzen des OLG Wien, Präsident Dr. Sumerauer, Dr. Jahn, Reg.-Rat Pulzer, Reg.-Rat Berger und ADir. Leodolter an dieser Besprechung teilgenommen und dazu beigetragen, dass viele Anfragen vor Ort besprochen werden konnten und teilweise gleich einer Erledigung zugeführt wurden.

Der Vorsitzende des ZA b. BMJ ADir. Reg.-Rat Gerhard Scheucher hat einen Ausblick der Arbeit des ZA für das Jahr 2008 und 2009 gegeben, eine Diskussion mit allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern rundete diese äußerst zufriedenstellende Sitzung ab.

Auch das Rahmen- bzw. Abendprogramm trug zum geselligen Beisammensein bei. ■

Lob für Kompetenztelefon! Bewertungen sind ausständig

Großes Lob gebührt den beiden Kolleginnen im Kompetenztelefon für den Sprengel des Oberlandesgerichtes Linz. Mit mehr als 25.000 Anrufen pro Jahr erledigen FOI Marianne Korczynski und Angelika Ettinger im Bereich des professionellen Telefonservices den telefonischen Parteienverkehr für die Dienststellen der Bundesländer Oberösterreich und Salzburg. Darüber hinaus bilden sie die erste Anlaufstelle für die Justiz-Ombudsstelle beim OLG Linz und erledigen zusätzlich für das gesamte Bundesgebiet die telefonischen Anfragen der rechtsuchenden Bevölkerung bei Fragen zum Zahlungsbefehl.

Der Präsident des Oberlandesgerichtes Linz, Dr. Alois Jung, hat im Sommer 2005 den Startschuss für die Optimierung des Telefonservices für den OLG Sprengel gegeben.

„Die Bürger haben ein Recht auf eine moderne, kundenfreundliche und effiziente Justiz. Die Begegnungskultur und die Kommunikation mit der rechtsuchenden Bevölkerung muss optimal gestaltet werden. Die Justiz hat durch gezielte Maßnahmen im Bereich des Bürgerservice Chancen, den Dienstbetrieb effizient zu gestalten“, betonte dabei Dr. Jung.

Entlastung der Gerichtskanzleien

Die spürbaren Personalkürzungen und die steigende Tendenz von telefonischen Anfragen haben in der Gerichtskanzlei zu großen Belastungen geführt. Es waren daher Maßnahmen zu finden, wie die MitarbeiterInnen der Geschäftsabteilungen entlastet werden können. Gleichzeitig galt es zu überlegen, wie die Erreichbarkeit der Justiz



Werner Gschwandtner

Vorsitzender des
Fachausschusses
beim Oberlandes-
gericht Linz



Mehr als 25.000 Anrufe erledigen die beiden Mitarbeiterinnen des Kompetenztelefons FOI Marianne Korczynski (links) und Angelika Ettinger.

optimiert werden könne. Die parallelen Bestrebungen der Frau Justizministerin Mag. Gastinger für die testweise Einführung einer „Justiz-hotline für Zahlungsbefehle“ für ausgewählte Gerichte der OLG Sprengel Wien und Linz kamen daher sehr gelegen.

Technische Voraussetzungen waren zu schaffen

In wenigen Monaten wurde die technische Infrastruktur der Telefonie im gesamten OLG Sprengel umstrukturiert. Durch die Einführung eines 05 Rufnummernkonzepts und die Schaffung des IP Telefonverbunds mit einer zentralen Vermittlung konnten die notwendigen Schritte gesetzt werden.

Die Personalfragen

Gesucht wurden für diese Tätigkeiten erfahrene und versierte Kanzleileiterinnen, die Erfahrungen in möglichst allen Sparten des Gerichtsbetriebs haben.

Als Bewerbungserfordernis waren ausschlaggebend:

- abgeschlossene Ausbildung als Leiter einer Geschäftsabteilung (A 3 oder v3)
- fundierte Kenntnisse aller Sparten der Geschäftsabteilungen
- mehrjährige Erfahrung als Leiter einer Geschäftsabteilung bei einem Bezirksgericht
- kommunikative Persönlichkeit
- rasche Auffassungs- und Kombinationsgabe
- schnelle und genaue Arbeitsweise
- freundliches Auftreten
- Entscheidungsfähigkeit in Konfliktsituationen
- Konzentrationsfähig über einen längeren Zeitraum
- Bereitschaft zur Weiterbildung
- Teamfähigkeit

Die Schulungsmaßnahmen

Beide Kolleginnen wurden zusätzlich zu ihrer Berufserfahrung beim Bezirksgericht Steyr über mehrere Wochen einer umfassenden Spezialisierung unterzogen. Im Rahmen der Persönlichkeitsbildung folgten Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der professionellen Kommunikation und des Konfliktmanagements. Mit 1. Jänner 2006 wurde das Kompetenztelefon als Servicestelle der Justiz in Betrieb genommen.

Probetrieb war erfolgreich

Auch wenn Bürgerservice nur schwer messbar ist und daher nur Statistiken und technische Protokolle zur Verfügung stehen, war sehr rasch festzustellen, dass die Erwartungen in die Serviceeinrichtung des Kompetenztelefons erfüllt wurden. Bereits in den ersten zehn Monaten wurden 15.582 Anrufe erledigt. Davon waren 8.576 telefonische VJ-Auskünfte und telefonischer Parteienverkehr, 1.866 Anfragen zu Zahlungsbefehlen sowie 5.240 Gesprächsübernahmen als Überlauf für besetzte oder nicht erreichbare Geschäftsabteilungen.

Ombudsstelle und bundesweite Justizhotline für Zahlungsbefehle

Seit Einführung des Echtbetriebs wurden die Aufgaben des Kompetenztelefons am OLG Linz mit der bundesweiten Zuständigkeit als Hotline für Zahlungsbefehle und seit 1. November 2007 als Erstanlaufstelle für die Ombudsstelle des OLG Linz erweitert.

Die heutigen Aufgaben des Kompetenztelefons

Aus heutiger Sicht sind die Projektziele voll erfüllt. Einerseits ist eine spürbare Entlastung der Gerichtskanzleien und andererseits eine

Optimierung der Erreichbarkeit der Justiz eingetreten. Hier die aktuellen Aufgaben im Detail:

- Qualifizierte Abwicklung des telefonischen Parteienverkehrs
- Back Office für Telefonvermittlung bei „schwierigen“ Anrufen und Beschwerden
- Zentrale Auskunftsstelle für Anfragen über den Verfahrensstand anhängiger Verfahren aus dem VJ Register
- Hotline für Zahlungsbefehle
- Erste Anlaufstelle der Ombudsstelle
- Automatische Übernahme der Telefonate für nicht erreichbare Geschäftsabteilungen im IP Telefonverbund
- Allgemeine telefonische Auskünfte

Bewertung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ist ausständig

Der Fachausschuss hat das Projekt bisher voll mitgetragen. Geht es doch um gelungene Maßnahmen zur Entlastung der Kolleginnen und Kollegen, der Effizienzsteigerung und der Chance zur Imageverbesserung. Die beruflichen und finanziellen Interessen der betroffenen Kolleginnen im Kompetenztelefon müssen endlich positiv geklärt werden.

Obwohl es bereits beim Projektstart Zusagen für eine Bewertung der Tätigkeit im Kompetenztelefon in Anlehnung an die Einstufungen für Mitarbeiterinnen im Servicecenter des Landesgerichtes Linz gegeben hat, fehlt bis heute eine positive Erledigung aus dem Bundesministerium für Justiz. Ein entsprechender Antrag des Präsidenten des Oberlandesgerichtes ist bis heute unerledigt. Als Vorsitzender der Personalvertretung finde ich diese Vorgangsweise nicht fair und verlange eine rasche zufriedenstellende Lösung. ■

Die Arbeit der gesetzlichen Personalvertretung

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Anbei einige wenige Schwerpunkte über die Arbeit der gesetzlichen Personalvertretung:

Planstellensituation

Bedingt durch den Überstand von mehr als 20 handwerklichen Bediensteten ist die Planstellenbesetzung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften sehr beengt. Als kleine Unterstützung ist die Anzahl von geleasten ehemaligen Lehrlingen zu sehen, die mit Engagement und Einsatz versuchen die anfallende Arbeit zu bewältigen. Für das Jahr 2009 ist eine spürbare Aufstockung von Planstellen für die Gerichtskanzleien und die Tätigkeiten bei der Staatsanwaltschaft unbedingt notwendig. Des Weiteren ist eine Auslastung von 100 % nach PAR bei den Gerichten mit Rechtspflegerkapazitäten anzustreben. Die gesetzliche Personalvertretung hofft, dass es in einigen Monaten doch möglich sein müsste, spürbare Verbesserungen bei den Rechtspflegerkapazitäten zu erreichen.

Sozialleistungen

In letzter Zeit kam es öfter zu Abweisungen von Anträgen auf Geldaushilfen, weil die 3-monatige Antragsfrist versäumt wurde. Eine nicht rückzahlbare Geldaushilfe wird vom OLG nur positiv erledigt, wenn das Rechnungsdatum der jeweiligen Leistung bei Antragstellung nicht älter als 3 Monate ist. Es empfiehlt sich, bei Fehlen einer für die Antragstellung erforderlichen Angabe (z.B. BVA-Kostenersatz) in-

nerhalb der 3-Monatsfrist einen Antrag auf nicht rückzahlbare Geldaushilfe zu stellen und die fehlenden Unterlagen im Nachhinein vorzulegen.

Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Bedingt durch Leistungsdruck und einen verstärkten Arbeitseinsatz ist es unbedingt erforderlich die Gestaltung von besseren Arbeitsbedingungen und eine Erhöhung des Wohlfühlklimas zu erreichen. Die Personalvertretung wird in Zusammenarbeit mit dem Dienstgeber Möglichkeiten der Stressbewältigung und des Stressabbaues, sowie ein besseres Umgehen mit belastenden Faktoren am Arbeitsplatz vorschlagen.

Dazu gehört selbstverständlich eine bessere Vereinbarung zwischen Familie und Beruf, sowie der Ausbau von Fort- und Weiterbildung. Die besten Arbeitnehmer sind zufriedene Bedienstete der Gerichte und Staatsanwaltschaften.

Um dieses Ziel der Zufriedenheit am Arbeitsplatz zu erwirken sind der Dienstgeber und die gesetzliche Personalvertretung gefordert. ■



Gerhard Scheucher

Vorsitzender des
Fachausschusses
beim Oberlandes-
gericht Graz

Die Kommunikationsseminare erfreuen sich großer Beliebtheit!



Reinhard Fettner

Vorsitzender des
Fachausschusses
beim Oberlandes-
gericht Innsbruck

Interview mit Koll Sebastian Fuchs, einem der Trainer in den Kommunikationsseminaren für den Kanzleidiens:

Wer kann, wer soll teilnehmen?

Zielgruppe sind Kanzleileiterinnen und Kanzleileiter sowie alle Kanzleimitarbeiterinnen und -mitarbeiter der Gerichte und Staatsanwaltschaften.

Wie kam es zu dieser Seminarreihe?

Die Bereitstellung eines auch den persönlichkeitsbildenden Bereich abdeckenden Fortbildungsangebo-

tes für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kanzleien der Gerichte und Staatsanwaltschaften stellt ein gemeinsames Anliegen dieser Bediensteten, ihrer Personal- und Standesvertretung sowie des Bundesministeriums für Justiz dar. Dazu zählt auch die Ermöglichung eines flächendeckenden Zugangs zu Kommunikations- und Konfliktlösungsseminaren für diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

So umschreibt der Erlass des Bundesministeriums für Justiz, der von Dr. Wolfgang Kirisits, als Verantwortlichen, für die Frau Bundesministerin unterzeichnet ist, die Grundintention. Dr. Kirisits, der die Idee zu dieser Seminarreihe entwickelte, hat hervorragende Rahmenbedingungen geschaffen.



Das Trainerteam Sebastian Fuchs und Karin Weitlaner.

Für unsere Trainerausbildung hat er das, in der Justiz bereits bestens bekannte Team Dr. Walter Buchacher und Dr. Josef Wimmer, vom Salzburger Institut für Weiterbildung gewonnen. Diese haben uns in zwei Seminaren für unsere Aufgabe gut vorbereitet und bestens motiviert.

Was wird geboten?

Geboten wird eine Einführung in die Kommunikation in einem dreitägigen Seminar im Seminarhotel. Wenn mich jemand direkt fragt: Was wird mir geboten? So würde ich sagen: Du gewinnst Kommunikationskompetenz hauptsächlich durch das Bewusstmachen der eigenen Stärken und dem „gezielten Einsetzen“ dieser Stärken. Warum reden Menschen oft aneinander vorbei oder verstehen das Gesagte falsch?

Welche Möglichkeiten gibt es den eigenen Standpunkt überzeugender darzustellen?

Dieses Seminar erklärt, wie Grundkommunikation eigentlich funktioniert und vermittelt Tipps für ein erfolgreiches Miteinander.

Und was habe ich davon?

Anhand konkreter Gesprächssituationen aus deinem Arbeitsalltag, lernst du dein eigenes Kommunikationsverhalten kennen. Verschiedene einfache Modelle helfen dir deine Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner zu verstehen und sich bestmöglich auf sie einzustellen.



Edith Hörtnagl mit Tina Gruber beim Auswerten der Seminarunterlagen.

Welche Inhalte werden vermittelt?

- Verbale und nonverbale Kommunikation und ihre Wirkung
- Beziehung zu meinem Gegenüber herstellen
- Wertschätzende und annehmbare Rückmeldungen geben (Feedback)
- Gesendete und empfangene Botschaft
- Die vier Seiten einer Nachricht
- Ich-Botschaften
- Gekonnt fragen und zuhören
- kurze Statements abgeben
- Umgang mit Widerstand

Welche Methoden kommen zum Einsatz?

Kennenlernen und Erleben der Inhalte durch kurze Inputs, Diskussio-

nen und Partner- bzw. Gruppenübungen. Im Zentrum steht die Umsetzung des Gelernten in den Alltag.

Unser Methodenansatz ist ...

... systemisch. Wir sehen den Menschen als in seinem Verhalten, Fühlen und Denken von seiner Umwelt abhängig und in soziale Systeme wie Unternehmen, Team, Familie, Freundeskreis, Staat etc. eingebunden.



... konstruktivistisch. Es gibt für uns keine „objektive“ Sicht der Dinge. Dieselbe Situation wird vielmehr von verschiedenen Menschen ganz unterschiedlich wahrgenommen. Wahrnehmung ist immer beeinflusst von individueller Lebenserfahrung.

... erfahrungsorientiert. In den Mittelpunkt stellen wir das Erfahren und Erleben der Seminarinhalte, sowie den Austausch in Gruppen – frei nach dem Motto: „Erzähle es mir – und ich werde es vergessen, zeige es mir – und ich werde mich erinnern, lass es mich tun – und ich werde es behalten.“ (Konfuzius)

Wer sind die Trainer und Trainerinnen?

Für die Durchführung der Seminare wurden eigens Trainer ausgebildet. Die einzelnen Seminare werden von jeweils zwei Trainern in Co-Moderation durchgeführt. Für Tirol und Vorarlberg sind dies das Team Edith Hörtnagl mit Tina Gruber sowie Karin Weitlaner mit mir.

Wo finden die Seminare statt?

Die ersten beiden Seminare haben im Hotel Alpenhof in Kirchberg in Tirol stattgefunden. Das Hotel liegt inmitten der Kitzbüheler Alpen

oberhalb von Kirchberg und ist ein Top Vier-Sterne-Hotel. Die Unterbringung erfolgt in Einzelzimmern bzw. Doppelzimmern mit Einzelbelegung. Da wir nur äußerst positive Rückmeldungen bezüglich der Unterbringung und Verpflegung im Hotel Alpenhof wahrgenommen haben, bleiben wir selbstverständlich, bis auf weiteres, für die nächsten Seminare in diesem Hause.

Was kosten sie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern?

Die Teilnahme an den Seminaren erfolgt ausschließlich auf freiwilliger Basis und im Rahmen des Dienstes gemäß § 73 RGV. Das heißt für die Kursteilnehmer entstehen, außer für die Getränkekonsumation zu den Mittag- und Abendessen, keinerlei Kosten. Auch für die Pausenverpflegung ist bestens gesorgt. Für das eine oder andere Gläschen am Abend muss man natürlich selbst aufkommen. Sonst ist aber wirklich Vollverpflegung geboten und die An- und Abreise wird im Wege der Reiserechnung ersetzt.

Wieviele werden pro Kurs zugelassen?

Pro Seminar werden maximal 20 Personen eingeladen.

Wieviele Seminare haben bereits stattgefunden?

Wir haben österreichweit die ersten zwei Seminare in dieser Reihe abgehalten, wobei diese bereits im Dezember vorigen Jahres, für Tirol und Vorarlberg stattgefunden haben.

Wieviele und wann sind diese für heuer geplant?

Für das Frühjahr sind die Termine mit 19. bis 21. und 26. bis 28. Mai angesetzt. Im Herbst folgen zwei weitere Termine, für die bereits einige Teilnehmer vorgemerkt sind.

Gibt es Rückmeldungen?

Es gibt äußerst positive Rückmeldungen, die auch den Dank an den Arbeitgeber für diese Möglichkeit der Fortbildung einschließen.

Danke für die aufschlussreiche Fragebeantwortung!

Österreichische Post AG / Info.Post
GZ: 02101089025690001

Retouren an Postfach 000, 4020 Linz

Impressum

Eigentümer und Herausgeber: Zentralausschuss beim Bundesministerium für Justiz für die Beamten des allgemeinen Verwaltungsdienstes und die Vertragsbediensteten der Planstellenbereiche Justizbehörden in den Ländern und Zentraleitung, 1016 Wien, Hansenstraße 4. Herstellung: A3 Werbeservice GmbH, Franckstraße 45, 4020 Linz.

Chefredakteur:

ADir. Werner Gschwandtner
Tel. 0676/ 8989 411 111
werner.gschwandtner@justiz.gv.at